hinausgehen. Das gelte sowohl für den Handel als auch für die Kooperation bis hin zu Joint-ventures.

- Auch die UdSSR wolle möglichst schnell in ihrem internationalen Handel auf konvertible Währungen übergehen, spätestens ab 1991. Hier stelle sich dann die schwierige Frage der künftigen Preise. Das gelte auch gerade im Verhältnis zur DDR. Für die UdSSR vordringlich sei die Preisgestaltung bei den umfangreichen Öl- und Gaslieferungen in die DDR. Im übrigen gehe die UdSSR generell davon aus, daß die DDR die übernommenen Verpflichtungen auf der Export- und Importseite einhalten werde, ggf. mit Hilfe der Bundesregierung, falls sie selbst dazu nicht in der Lage sei.

Stv. MP Sitarjan erklärte im übrigen, er sei derzeit noch nicht in der Lage, zu allen wichtigen Fragen spezifische Aussagen machen zu können. Man habe die Situation mit der DDR bereits mehrfach erörtert und warte nun auf die neue Regierung, mit der man die Gespräche unverzüglich (bilateral) fortsetzen wolle.

Was die Gespräche mit der Bundesregierung über die außenwirtschaftlichen Verpflichtungen der DDR betreffe, so sehe man auch hier unverzüglichen Gesprächsbedarf, sei aber der Meinung, daß die Gespräche trilateral zwischen UdSSR, Bundesregierung und der neuen DDR-Regierung geführt werden sollten. Das sei auch der Grund dafür, daß er über unser Angebot zu bilateralen Gesprächen (zunächst auf Expertenebene) noch nicht entschieden habe.

BM Dr. Haussmann verwies auf das große Interesse der Bundesregierung, nach den Gesprächen mit den DDR-Experten auch mit der sowjetischen Seite über die Problematik zu sprechen. Wir seien allerdings der Auffassung, daß es ratsam sei, zunächst zur Feststellung der gegenseitigen Interessenlage bilateral miteinander zu sprechen, nicht zuletzt zur Vorbereitung der Reise von StS Dr. von Würzen am 14./15. Mai 1990 und vor allem der bevorstehenden Wirtschaftskommission am 21./22. Mai 1990 in Moskau.

Stv. MP Sitarjan erklärte hierzu, er werde sich das noch überlegen und eine Entscheidung nach seiner Rückkehr nach Moskau treffen.

Zusätzliche Anmerkung:

Nach Information aus dem AA hat stv. MP Sitarjan im nachfolgenden Gespräch mit BM Genscher am 10. April 1990 wiederum die Position der sofortigen trilateralen Gespräche vertreten.

J. Ludewig

Nr. 253
Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Botschafter Kwizinskij
Bonn, 23. April 1990

BK, 21 – 30130 S 25 – De 2/5/90, Bd. 20, Bl. 126–133. – Vermerk des MD Teltschik, 30. April 1990. Erste Ausfertigung. Geheim. Hs. vermerkt: „H. GL 21 i.V. z.K., dann zdA T[eltschik] 8/5". – Gesprächsdauer: 17.00 bis 18.00 Uhr.

Der Bundeskanzler bezeichnete das sowjetische Papier, das am 19. April 1990 der Bundesregierung übergeben worden sei,[1] als unverständlich. Er sei überrascht, daß sich die sowjetische Führung nach Presseveröffentlichungen richten würde. Es gebe noch gar keinen Staatsvertrag. Er selbst habe am gestrigen Abend zum ersten Mal Unterlagen zur Vorbereitung eines solchen Vertrages in der Hand gehabt.

1 Nr. 250.

Dokumente zur Deutschlandpolitik. Hrsg. v. Bundesministerium des Innern/Bundesarchiv.
Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearb. v. Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. ISBN 978-3-486-56360-3.
© 1998 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Er habe den Botschafter zum Gespräch gebeten, um mit ihm noch einmal die Frage zu besprechen, ob jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen sei, gemeinsam die wirtschaftlichen Verpflichtungen der DDR gegenüber der Sowjetunion aufzuarbeiten. Er sei zu einer einvernehmlichen Regelung bereit.
Außerdem wolle er mit dem Botschafter die Überlegung erörtern, schon jetzt mit den Vorbereitungen für einen Vertrag zu beginnen, die nach Erreichung der deutschen Einheit voraussichtlich Ende 1991 die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion auf eine umfassende und weitreichende Basis stellen solle. Er denke dabei daran, den Moskauer Vertrag[2], die Verabredungen in der Gemeinsamen Erklärung[3] mit Generalsekretär Gorbatschow und andere Abkommen in eine neue vertragliche Regelung mit der Sowjetunion einzubringen.
Botschafter Kwizinskij warf ein, daß auch Fragen der Sicherheit und der europäischen Politik einbezogen werden sollten.
Der Bundeskanzler erläuterte, daß er davon ausgehe, die gesamtdeutsche Regierung selbst bilden zu müssen. Wie lange er auch noch Bundeskanzler bleibe, er wisse es heute nicht, so wolle er doch noch einige wichtige Entscheidungen auf den Weg bringen. So werde es ihm vor allem darum gehen, die Europäische Gemeinschaft weiterzuentwickeln, zum anderen wolle er gewissermaßen eine Charta der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Sinne der großen geschichtlichen Tradition vereinbaren.
Er schlage deshalb vor, daß im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der DDR-Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion eine darüber hinausreichende Perspektive für die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit nach der Einigung Deutschlands erarbeitet werden solle. Es könne ja nicht das Ziel sein, nur solche Produkte an die Sowjetunion verkaufen zu wollen, die im Westen nicht absetzbar seien. Man müsse deshalb eine langfristige und dauerhafte Lösung anstreben.
Hinzu komme, daß die Oder-Neiße-Grenze kein Hindernis mehr darstelle. Damit gebe es kein Grenzproblem mehr, das einer langfristigen Zusammenarbeit im Wege stehen könnte. Zur Verdeutlichung seiner Überlegungen verwies der Bundeskanzler beispielhaft auf eine in die Zukunft gerichtete Schienenführung beider Eisenbahnen. Er könne sich durchaus vorstellen, daß das Schienennetz für die schnellen Züge eine Streckenführung von Moskau über Warschau, Berlin, Frankfurt nach Paris und London haben könne. Allein ein solches Projekt trage dazu bei, die Länder zu öffnen und die Beziehungen zu intensivieren.
Botschafter Kwizinskij teilte mit, daß in Kürze der stellvertretende Außenminister Obminskij, der zuständig für die Außenhandelsbeziehungen sei, nach Bonn kommen werde. Auf die Frage des Bundeskanzlers nach dessen Kompetenz wies Botschafter Kwizinskij darauf hin, daß sowohl von seiten der Wissenschaft als auch von GOSPLAN entsprechende Vorarbeiten geleistet worden seien, um Obminskij entsprechend zu instruieren.
Auf die Frage von Botschafter Kwizinskij, wann die Gespräche über einen deutsch-sowjetischen Vertrag aufgenommen werden könnten, erwiderte der Bundeskanzler, daß zuerst der 2+4-Prozeß und der KSZE-Gipfel Vorrang haben sollten. Erst dann sollten die Gespräche aufgenommen und möglichst rasch nach der Herstellung der Einheit Deutschlands abgeschlossen werden. Botschafter Kwizinskij bestätigte, daß der 2+4-Prozeß seine Zuständigkeit im Außenministerium sein werde.
Der Bundeskanzler bekräftigte noch einmal, daß der 2+4-Prozeß jetzt sehr dringlich sei. Er habe über Ostern[4] mit Präsident Bush telefoniert,[5] und sie seien sich in ihrer Politik gegen-

2 Nr. 50 Anm. 5.
3 Nr. 4 Anm. 1.
4 15./16. April 1990.
5 Vermerk über das Telefongespräch in der Registratur des Bundeskanzleramtes nicht zu ermitteln.

Dokumente zur Deutschlandpolitik. Hrsg. v. Bundesministerium des Innern/Bundesarchiv.
Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearb. v. Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. ISBN 978-3-486-56360-3.
© 1998 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

über der Sowjetunion einig gewesen. Sie hätten auch über Litauen gesprochen und stimmten darin überein, daß sie die Probleme der Sowjetunion nicht ausnützen wollten. Sie würden der Sowjetunion keine Probleme machen.

Der Bundeskanzler bekräftigte noch einmal seine Position, daß er vor Erreichen der deutschen Einheit keinen Vertragsentwurf mit Polen paraphieren werde. Jeder müsse wissen, der mit ihm gute Beziehungen wolle, daß er einen solchen Vorschlag in keinem Falle akzeptieren werde.

Jetzt gehe es darum, eine Erklärung der Parlamente beider deutscher Regierungen sorgfältig und ohne Zeitdruck vorzubereiten. Nach Vollzug der Einheit werde Deutschland mit Polen einen völkerrechtlichen Vertrag über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze verhandeln und möglichst bald im Parlament ratifizieren. Dabei werde deutlich werden, daß die Beziehungen zur Sowjetunion von zentraler Bedeutung bleiben. Aus diesem Grunde wiederhole er noch einmal sein zentrales Interesse, zwei Ziele erreicht zu haben, wenn er einmal das Bundeskanzleramt verlassen werde: Erstens solle dann der Zug in Richtung auf die europäische Integration von keiner Seite mehr aufzuhalten sein; zweitens wünsche er gute Beziehungen mit der Sowjetunion.

Botschafter Kwizinskij erklärte, daß es von Anfang [an] so etwas wie sein Traum gewesen sei, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion etwas im Bismarckschen Sinne zu machen.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß heute noch der Blick zuviel in die Vergangenheit gerichtet werde. Jetzt müßte es grundsätzlich darum gehen, nach vorne zu sehen. Je mehr sich Deutschland in den Westen integriere, desto größer seien die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und desto weniger bestehe die Gefahr, daß Deutschland zu einem unverdaubaren Klotz in der Mitte Europas werde.

Zukünftig werde es sicherlich auch Waffen geben müssen, aber es sei schon jetzt erkennbar, daß die Bereiche der Wirtschaft, der Technologie, der Forschung, der Wissenschaft und der Kultur eine immer größere Bedeutung spielen würden. In diesen Bereichen der Zusammenarbeit könnten gerade die Deutschen wichtige Beiträge leisten.

Er sei deshalb sehr zufrieden, daß der Botschafter jetzt eine solch wichtige Aufgabe in Moskau übernehmen werde. Er sei sich sicher, daß sie sich schnell verständigen könnten.

Botschafter Kwizinskij betonte, daß ein Vertrag, wie ihn der Bundeskanzler angesprochen habe, im Sinne von Präsident Gorbatschow sei.

Der Bundeskanzler bekräftigte noch einmal, daß er einen solchen Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion nicht nur für den Bereich der Wirtschaft anstrebe. Ein solcher Vertrag müsse weit darüber hinausgehen. So sei er sich sicher, daß auch die Sowjetunion – im Gegensatz zum Geschrei mancher in Moskau – höchsten Nutzen von der Einheit Deutschlands haben werde. Er wolle nur auf COCOM als Beispiel verweisen. Es reize ihn sehr, etwas mit der Sowjetunion zustande zu bringen – sowohl aus historischen Gründen als auch aufgrund der Zukunftsperspektive, am Ende dieses Jahrhunderts die Beziehungen in Ordnung bringen zu können.

Er sei gerne bereit, über ein solches Vorhaben auch einmal mit Präsident Gorbatschow in einem kleinen Kreis gemeinsam nachzudenken, wie ein solcher Vertrag aussehen könnte. Man müsse in Moskau auch wissen, daß seine Regierung in den USA außerhalb jedes Verdachts stehe. Deshalb sei er sich sicher, daß ein solcher Vertrag von beiden Seiten mit Wohlgefallen angesehen werde.

Botschafter Kwizinskij sprach den 2+4-Prozeß an. Für ihn wäre es von besonderem Interesse zu wissen, ob mit dem Bundeskanzler auch eine vertrauliche Zusammenarbeit möglich wäre. Darunter verstehe er, daß beide Seiten beispielsweise ein Dokument vertraulich vorbesprechen würden, das vorher erarbeitet worden sei. Ein solches Verfahren sei in früheren Zeiten mit den USA sehr erfolgreich gewesen. Es gehe darum, frühzeitig Kompromisse zu

Dokumente zur Deutschlandpolitik. Hrsg. v. Bundesministerium des Innern/Bundesarchiv.
Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearb. v. Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. ISBN 978-3-486-56360-3.
© 1998 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

suchen. Er habe mit einem solchen Verfahren kein Problem, wenn es mit ihm durchgeführt werde, warf der Bundeskanzler ein.
Botschafter Kwizinskij fuhr fort, daß es dabei praktisch um eine Lösung in der Frage der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands gehen solle. Er überlege sich beispielsweise, ob nicht auf der Grundlage des Grundsatzes pacta sunt servanda alle Verträge und Abkommen beider deutschen Staaten festgeschrieben werden sollten und nach der Einigung fortgeschrieben und notifiziert werden sollten. Das würde dazu führen, daß erst einmal alle Verträge im militärischen und wirtschaftlichen Bereich ihre Gültigkeit behielten und erst später weiterentwickelt würden. Es sollte danach eine generelle Zusage zu allen Verpflichtungen erfolgen und zugleich eine Zeitspanne vereinbart werden, in der die Verträge und Abkommen abgelöst oder geändert werden könnten.
Was die sowjetische Truppenpräsenz in der DDR betreffe, so gingen sie davon aus, daß sie nach der Dauer der alliierten Truppenpräsenz gemessen werde.
Der Bundeskanzler erklärte nachdrücklich, daß für ihn eine unbegrenzte sowjetische Truppenpräsenz in Deutschland nicht akzeptabel sei. Dies stünde im Widerspruch zur deutschen Souveränität.
Botschafter Kwizinskij erwiderte, daß er ehrlich sagen wolle, daß es um eine Reduzierung der Bundeswehr gehe. Entsprechend müßten die Truppen der Vier Mächte reduziert werden bis auf eine vielleicht symbolische Größenordnung. Ein Problem bestehe darin, daß Nuklearsysteme präsent blieben, solange die USA in Europa präsent seien. Die USA wollten in Deutschland bleiben, um die Deutschen unter Kontrolle zu halten. Das würden sie immer wieder in den USA hören.
Der Bundeskanzler wiederholte noch einmal, daß er bereit sei, über alle Fragen vertraulich zu sprechen. Er selbst werde danach Außenminister Genscher unterrichten.
Botschafter Kwizinskij wies darauf hin, daß die Position von Außenminister Genscher für die Sowjetunion keine Probleme schaffe, wenn er sage, daß die Einigung Deutschlands die Bundesrepublik, die DDR und Berlin erfasse und Deutschland keinerlei Gebietsansprüche erheben werde.
Das sei keine Position von Außenminister Genscher, sondern die der Bundesregierung, warf der Bundeskanzler ein. Er erläuterte noch einmal die Haltung der Bundesregierung zur Oder-Neiße-Grenze.
Botschafter Kwizinskij wies darauf hin, daß diese Frage im Rahmen des 2+4-Prozesses zu lösen sei. Für die Sowjetunion sei entscheidend, was sich am Ende einigen werde. Daraus würden sich selbstverständlicherweise die Grenzen ergeben. Ein Vertrag mit Polen sei dann eine bilaterale Frage zwischen Deutschland und Polen. Im Rahmen des 2+4-Prozesses gehe es um eine Schlußregelung oder ein Schlußprotokoll, das dem KSZE-Gipfel vorgelegt werden solle. In diesem Zusammenhang wies Botschafter Kwizinskij darauf hin, daß es bei einer Reihe von Verträgen und Abkommen der Bundesregierung mit anderen Staaten, vor allem bei der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen, Vorbehaltsregelungen im Zusammenhang mit einem Friedensvertrag gegeben habe. Deshalb müsse man daran denken, eine Frist zu vereinbaren, in der diese Vorbehalte beseitigt würden. Dann könnten noch einmal die Vier Mächte abschließend zusammentreten, um die Bereinigung insgesamt festzustellen.
Abschließend erklärte Botschafter Kwizinskij, daß er dem Bundeskanzler noch eine Botschaft zu Litauen zu übermitteln habe. In der Sowjetunion bleibe die Tatsache nicht unbemerkt, daß die Regierungschefs der europäischen Staaten an die Frage Litauens in ausgewogener Weise herangingen. Die Opposition sei ausbalanciert und zurückhaltend. Die sowjetische Führung würde diese Haltung zu schätzen wissen. Bei Litauen handele es sich um eine innere Angelegenheit der Sowjetunion. Ein Versuch, Litauen und die Sowjetunion gegenseitig auszumanövrieren, berge für die Sowjetunion und für die internationale Situation Gefahren.

Dokumente zur Deutschlandpolitik. Hrsg. v. Bundesministerium des Innern/Bundesarchiv.
Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearb. v. Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. ISBN 978-3-486-56360-3.
© 1998 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Es gebe jedoch eine Reihe von Stimmen, die sich für ökonomische Sanktionen aussprechen würden, um auf die Sowjetunion Druck zu erzeugen und um den nationalistischen Kräften in Litauen Vorschub leisten zu können.
Der Sowjetunion gehe es darum, daß die in Litauen vor dem 10. März 1990[6] bestandenen Realitäten respektiert werden müßten. Jetzt sei ein weitsichtiges Handeln erforderlich. Es müßten Wege gefunden werden, die litauische Regierung vor unüberlegten Schritten zurückzuhalten.
Dabei sei eine Lösung im Rahmen der sowjetischen Verfassung erforderlich. Im Falle Litauens seien vitale politische und ökonomische Interessen der Sowjetunion berührt, aber auch konstitutionelle Fragen. Außerdem ergäben sich daraus Auswirkungen auf Millionen von Menschen. Die Sowjetunion wolle keine künstliche Verschärfung herbeiführen. Es ginge ihr um eine rechtliche Regelung des Problems. Sie sei bereit, Geduld zu üben, werde aber auch, wenn erforderlich, die notwendige Härte aufbringen. Jetzt müsse ein Dialog auf der Grundlage der Verfassung stattfinden. Der Oberste Sowjet sei dabei, ein Gesetz zu beraten, wie eine Loslösung von der Sowjetunion realisiert werden könne. Das litauische Volk und nicht die litauischen Politiker müßten die Möglichkeit erhalten, selbst über die staatliche Unabhängigkeit oder über den Verbleib in der UdSSR zu entscheiden.
Eine Lösung der Probleme sei nicht einfach, deshalb müsse eine Situation hergestellt werden, die nicht von nationalistischen Leidenschaften geprägt sei. Präsident Gorbatschow sei der Auffassung, daß die Sowjetunion konsequent mit politischen Mitteln an dieses Problem herangehen müsse. Die sowjetische Führung rechne mit dem Verständnis der Bundesregierung und teilweise auf ihre Hilfe.
Der Bundeskanzler versicherte, daß auch er hoffe, daß sich die Lage wieder entspannen werde und Rückschläge in der Sowjetunion verhindert werden könnten. Er sei sich in dieser Auffassung auch mit Präsident Bush einig.

(Teltschik)

Nr. 254
Vorlage des Ministerialdirigenten Busse an den Chef des Bundeskanzleramtes Seiters
Bonn, 23. April 1990

BK, 132 – 35400 De 12 Bd. 5. – Vorlage über AL 3.

Betr.: Koalitionsgespräch am 24. 4. 1990;
hier: Wahltermin und gesamtdeutsche Wahlen

I. Sachstand

In der Koalition gibt es unterschiedliche Stimmen zum Termin der nächsten BT-Wahl und zum Termin gesamtdeutscher Wahlen:
FDP-Vors. Graf Lambsdorff hält eine Verlängerung der laufenden Legislaturperiode bis zu gesamtdeutschen Wahlen etwa im Frühjahr 1991 für anstrebenswert, falls dies verfassungsrechtlich machbar sei; ähnlich MdB Mischnick. Demgegenüber gehen BM Engelhard und BM Möllemann von BT-Wahlen Ende 1990 und gesamtdeutschen Wahlen Ende 1991 aus und sprechen sich dafür aus, noch in dieser Legislaturperiode dafür die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

6 Dazu Nr. 235 Anm. 1.

Dokumente zur Deutschlandpolitik. Hrsg. v. Bundesministerium des Innern/Bundesarchiv.
Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearb. v. Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. ISBN 978-3-486-56360-3.
© 1998 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston